Arbeitshilfen 259

SELIG, DIE FRIEDEN STIFTEN

Welttag des Friedens

1. Januar 2013

Eine Arbeitshilfe der
Deutschen Bischofskonferenz

Inhaltsverzeichnis

3	Zum Geleit *Erzbischof Dr. Robert Zollitsch*
4	Fünfzig Jahre „Pacem in terris" Menschenrechte und eine weltpolitische Autorität als Antwort auf globale Herausforderungen *Michael Reder*
7	Menschenrechte als Fundament für eine friedliche Gesellschaft. Einführung in die Friedenslehre der katholischen Kirche *Heinz-Gerhard Justenhoven*
10	Herrschaft und Macht im Dienst am Leben *Johanna Erzberger*
12	„Mit Gerechtigkeit und selbstloser Liebe können wir die höchsten Berge erklimmen" *Interview mit Erzbischof Dr. Ignatius Ayau Kaigama (Jos/Nigeria)*
14	Ökonomie im Dienst menschlicher Entwicklung. Internationale Wirtschafts- und Finanzordnung als globales Gemeingut *Johannes Wallacher*
Liturgische Anregungen	
17	„Selig, die Frieden stiften" *Predigt von Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck*
19	Vorschlag für eine Gebetsstunde
24	Ökumenisches Friedensgebet / Impressum

Zum Weltfriedenstag am 1. Januar 2013

Am 1. Januar 2013 wird auf Wunsch von Papst Benedikt XVI. zum 46. Mal in der gesamten Weltkirche der jährliche Welttag des Friedens begangen. Dieses Datum wurde gewählt, weil der Papst das neue Jahr mit einer Besinnung auf die notwendige Förderung des Friedens beginnen möchte. Am selben Tag richtet er eine Botschaft an die Repräsentanten der Staaten und an alle Menschen guten Willens, in der er die Dringlichkeit des Friedens bezeugt.

Das vom Heiligen Vater zum Weltfriedenstag 2013 gewählte Thema lautet: **„Selig, die Frieden stiften".** In Gottesdiensten und bei anderen Zusammenkünften soll in geeigneter Weise auf dieses Thema und auf die Botschaft des Papstes eingegangen werden. Die vorliegende Arbeitshilfe möchte hierzu Anregungen und Informationen bieten.

Die Papstbotschaft zum Weltfriedenstag wird erst Mitte Dezember veröffentlicht und kann daher in dieser Arbeitshilfe nicht abgedruckt werden. Sie steht aber zum Download als PDF-Datei auf der Internetseite der Deutschen Bischofskonferenz bereit: www.dbk.de

Gebetsstunde am 11. Januar 2013

Für Freitag, den 11. Januar 2013, rufen der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB), der Deutsche Jugendkraft-Sportverband (DJK), die Gemeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands (GKMD) und die katholische Friedensbewegung Pax Christi zu einer Gebetsstunde für den Weltfrieden auf. Anregungen für diese Gebetsstunde sind erhältlich beim Jugendhaus Düsseldorf, Postfach 320520, 40420 Düsseldorf
(E-Mail: bestellung@jugendhaus-duesseldorf.de).

Zum Titelbild:

Der Erzbischof von Jos (Nigeria), Ignatius Kaigama (links), und der Emir Alhaji Haruna Abdullahi haben durch ihre Zusammenarbeit und den von ihnen geförderten Dialog zwischen Christen und Muslimen versucht, Frieden in ihrem Land zu stiften.

Zum Geleit

Am 1. Januar 2013 begeht die katholische Kirche den 46. Weltfriedenstag. Als Leitgedanken hat Papst Benedikt XVI. „Selig, die Frieden stiften“ (Mt 5,9) gewählt. Friede ist eine wesentliche Frucht der Liebe zu Gott und dem Nächsten. Damit lädt der Heilige Vater ein, vertieft darüber nachzudenken, wo jeder und jede einzelne in seinem konkreten Umfeld zur Sicherung und Ausbreitung des Friedens beitragen und Verantwortung für ein friedliches Miteinander in seinem jeweiligen Lebens- und Arbeitsbereich übernehmen kann.

Bei der Ankündigung des diesjährigen Leitwortes für den Weltfriedenstag geht Papst Benedikt XVI. in besonderer Weise auf die Enzyklika „Pacem in terris“ ein, jährt sich doch die Veröffentlichung dieser zweiten Sozialenzyklika des seligen Papstes Johannes XXIII. 2013 zum 50. Mal. Sie stellt einen bedeutenden Schritt in der Geschichte der kirchlichen Soziallehre dar, wenn sie erstmals die Menschenrechte in umfassender Weise würdigt. Die Enzyklika erschien in einer Zeit bedeutsamer weltpolitischer und kirchlicher Veränderungen. Besondere Sorge bereitete die zunehmende Konfrontation der beiden weltpolitischen Machtzentren – NATO und Warschauer Pakt. Der „Kalte Krieg“ war geprägt durch ein bis dahin nicht gekanntes Ausmaß an Hochrüstung. Weil der „Friede auf Erden“, so der Titel der Enzyklika, in großer Gefahr war, ja das Überleben der Menschheit selbst durch das atomare Aufrüsten auf dem Spiel stand, wollte Papst Johannes XXIII. den politischen Führern ethische Leitlinien für die Errichtung dauerhaft friedfertiger politischer Systeme an die Hand geben. Außerdem würdigte der Papst die neuen Staaten, die in der sogenannten „Dritten Welt“ nach der Beendigung der Zeit der Kolonisation entstanden. Er versteht sie als neue Bausteine im politischen Ordnungsgefüge der Welt und mahnt an, die Rechte der neu gegründeten Nationen umfassend zu achten und ihre Entwicklungschancen zu fördern.

„Pacem in terris“ war die erste Enzyklika, in der ein Papst sich an alle „Menschen guten Willens“ wandte. Johannes XXIII. unterstreicht die Bande, die alle Menschen mit Gott verbinden, und beschreibt die geistigen und kulturellen Grundlagen für neue politische Organisationsformen, die von der Überzeugung der gleichen Würde aller getragen sind. Wohl mit Blick auf die 1945 gegründeten „Vereinten Nationen“ entwirft der Heilige Vater die Umrisse einer globalen politischen Autorität, die dem Weltgemeinwohl und zugleich den Grundrechten des Menschen verpflichtet sein soll. Die moralischen Säulen einer solchen Weltordnung sind Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit.

Heute, 50 Jahre danach, sind viele der Aussagen von „Pacem in terris“ nach wie vor in ihrer Aussagekraft und Bedeutung hochaktuell. Der „Kalte Krieg“ ist zwar überwunden, doch andere Herausforderungen sind geblieben oder neu entstanden: Dazu gehören etwa der weltweite Terrorismus, die verheerenden Kriege in Afrika oder der eskalierende Konflikt im Nahen und Mittleren Osten. Zudem hat sich mit der Globalisierung eine Entwicklung Bahn gebrochen, die manche Mahnungen und Empfehlungen der Enzyklika aktueller denn je erscheinen lassen. Die weltweite Vernetzung vor allem im Bereich der Wirtschaft verlangt nach einer Weiterentwicklung und Vertiefung der internationalen Ordnung, die das Gemeinwohl heute global in den Blick nimmt und als Horizont unseres lokalen Handelns zu begreifen hat.

Auch wenn die Förderung einer friedlichen Welt weithin als politisches Ziel anerkannt ist, so mangelt es dennoch an vielen Orten an der notwendigen Umsetzungskraft. Insbesondere handfeste wirtschaftliche Interessen wie auch ideologische Verblendung lassen immer wieder Konflikte und kriegerische Auseinandersetzungen entstehen, aber auch Bürgerkriege innerhalb eines einzigen Landes ausbrechen. Es muss uns wachrütteln, wenn weltweit Rüstungsexporte ein florierendes Geschäft darstellen und die Ausgaben für Militär und paramilitärische Einheiten immens steigen. Bilder aus den Konfliktregionen unserer Welt zeigen, wie weit entfernt auch unser Zeitalter von einem friedlichen Zusammenleben der Menschen und der Völker ist. Hier ist die Politik weltweit gefordert, andere Mittel zur Konfliktlösung zu finden als Krieg und Gewalt. Doch auch jeder Einzelne kann und muss zu einer friedlicheren Welt beitragen, indem er in Familie, Nachbarschaft, Schule und Beruf wohlwollend und wertschätzend auf seinen Nächsten zugeht. Und selbst dort, wo Konflikte im Kleinen entstehen, kann jeder in einer Kultur des Hinschauens deeskalierend und moderierend eingreifen und Streitparteien helfen, sich zu versöhnen.

Die vorliegende Arbeitshilfe will Anstöße geben, über diese Fragen vertieft nachzudenken. Sie nähert sich dem Thema des Weltfriedenstages 2013 – „Selig, die Frieden stiften“ – aus verschiedenen Perspektiven und stellt immer wieder Bezüge zur Enzyklika „Pacem in terris“ her. Im zweiten Teil des Heftes finden sich Anregungen für eine Gebetsstunde.

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich eine anregende Lektüre, die dazu ermutigt, das kirchliche Zeugnis für den Frieden weiter zu entfalten und das Engage-- ment für ein versöhntes Miteinander zu vertiefen.

Bonn / Freiburg, im November 2012

✠ Robert Zollitsch

Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

WELTGEMEINWOHL

Fünfzig Jahre „Pacem in terris“

Menschenrechte und eine weltpolitische Autorität als Antwort auf globale Herausforderungen

Von Michael Reder

Vor 50 Jahren veröffentlichte Papst Johannes XXIII. mit der Enzyklika „Pacem in terris“ eine zentrale Schrift der Katholischen Soziallehre zu globalen Fragen. Das Schreiben ist in einer Zeit entstanden, die auf der internationalen Ebene durch enorme Spannungen gekennzeichnet war. Der Kalte Krieg dominierte das politische Leben, was sich beispielhaft an der Kuba-Krise und dem Bau der Berliner Mauer zeigt. Die Welt war in zwei politische Blöcke aufgeteilt und bangte um Frieden. In dieser Zeit setzt die Enzyklika einen deutlichen Akzent für Frieden und die Notwendigkeit, auf der Basis der Menschenrechte eine friedliche, gerechte und solidarische internationale Ordnung aufzubauen.

Die weltpolitische Situation hat sich seit den 1960er Jahren deutlich verändert. Der Kalte Krieg wurde überwunden und neue politische Koalitionen sind entstanden. Mit dem Fall der Berliner Mauer war die Hoffnung auf einen dauerhaften und stabilen Frieden verbunden. Diese Hoffnung hat sich allerdings nicht erfüllt. Zwar gibt es heute nicht mehr die Gefahr eines Weltkrieges, doch die Vielzahl gewalttätiger Konflikte auf unterschiedlichen Ebenen und in neuen Kriegsformen spricht eine deutliche Sprache. Die Suche nach globalem Frieden ist bis heute aktuell geblieben.

Dabei wird gegenwärtig immer deutlicher, dass Frieden nicht nur die Abwesenheit von (militärischer) Gewalt bedeutet, sondern dass viele unterschiedliche Faktoren für ein friedliches Zusammenleben der Menschen notwendig sind. Die vielfältigen Weltprobleme erschweren das Zusammenleben der Menschen und stellen immer häufiger eine Gefährdung des Friedens dar. Gravierende Armutsverhältnisse, Flucht und Vertreibung oder gefährliche Klimafolgen sind Beispiele hierfür. Auch wenn die Enzyklika diese Entwicklungen noch nicht vorhersehen konnte, gibt sie doch bis heute wichtige Impulse für ein friedliches Zusammenleben der Weltgemeinschaft.

Der erste Teil des Schreibens beschäftigt sich mit der Ordnung unter den Menschen. Dabei entfaltet Papst Johannes XXIII. sowohl Rechte als auch Pflichten für den einzelnen Menschen. Diese begründen sich im Personsein, worin sich die Würde des Einzelnen widerspiegelt (Nr. 9). Die Rechte, die sich aus der Würde des Menschen ergeben und Grundlage für ein friedliches Zusammenleben sind, entsprechen mehr oder weniger den Allgemeinen Menschenrechten. In „Pacem in terris“ werden zum Beispiel das Recht auf Leben und Lebensunterhalt oder wirtschaftliche und kulturelle Rechte genannt.

Dieses deutliche Bekenntnis der Enzyklika zu Menschenrechten ist besonders hervorzuheben. Denn stammt die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte bereits aus dem Jahr 1948, so hat sich die Katholische Kirche zuerst schwer getan, Menschenrechte als Leitfaden für die politische Gestaltung zu interpretieren. Dies ändert sich nun u. a. mit „Pacem in terris", insofern die Kirche in den Menschenrechten „nur eine Zeit lang verschüttete Bestandteile ihres eigenen Menschenbildes" (Nell-Breuning) wiedererkennt.

Der zweite Teil des Schreibens beschäftigt sich mit dem Verhältnis der Bürger zum Gemeinwesen. Das Gemeinwohl ist hierbei der normative Zentralbegriff. Das Gemeinwohl setzt sich ab vom Fokus auf die Interessen der einzelnen Bürger und hat das Wohl der Gemeinschaft als Ganzer zum Ziel. Das Gemeinwohl ist dabei der anzustrebende Idealzustand einer sozial gerechten und friedlichen Gesellschaft und in gewisser Weise das normative Fundament der Menschenrechte.

Der dritte und vierte Teil des päpstlichen Schreibens wendet sich dann dezidiert den globalen Verflechtungen zu. Obwohl in den 1960er Jahren der Begriff „Globalisierung" noch nicht in Mode war, lesen sich viele Passagen wie eine politische Antwort auf die Herausforderungen, welche die Globalisierung heute mit sich bringt. Johannes XXIII. beschreibt die Weltgesellschaft als ein Netz enger Verflechtungen von Akteuren und Problemen. Gerade weil die Probleme eng miteinander zusammenhängen, sieht er die Gefahr, dass die einzelnen Staaten mit einer nachhaltigen Lösung überfordert sind. Eine Beschreibung und Einschätzung, die bis heute Gültigkeit hat.

Um das Gemeinwohl aller Menschen zu sichern, schlägt er nicht nur Rechte und korrespondierende Pflichten vor, an die sich alle Staaten binden sollten, sondern auch eine universale politische Gewalt. Nur eine solche ist geeignet, eine gemeinsame Antwort aller Menschen auf die Zeichen der Zeit zu geben. „Da aber heute das allgemeine Wohl der Völker Fragen aufwirft, die alle Nationen der Welt betreffen, und da diese Fragen nur durch eine politische Gewalt geklärt werden können, deren Macht und Organisation und deren Mittel einen dementsprechenden Umfang haben müssen, deren Wirksamkeit sich somit über den ganzen Erdkreis erstrecken muss, so folgt um der sittlichen Ordnung willen zwingend, dass eine universale politische Gewalt eingesetzt werden muss" (Nr. 137). Während der Konzilstext „Gaudium et spes" noch allgemein die Notwendigkeit einer Ordnung der Völkergemeinschaft vorschlägt, fordert Johannes XXIII. damit also dezidiert eine weltpolitische Gewalt, mit deren Autorität die Weltprobleme beantwortet werden sollten.

Das Weltgemeinwohl, so betont die Enzyklika, ist der normative Maßstab für diese globale Gewalt. Ähnlich argumentiert auch der Konzilstext „Gaudium et spes": „Jede Gruppe muss den Bedürfnissen und berechtigten Ansprüchen anderer Gruppen, ja dem Gemeinwohl der ganzen Menschheitsfamilie Rechnung tragen" (Nr. 26). Weil das Weltgemeinwohl die normative Orientierung für die Weltgesellschaft darstellt, darf die globale politische Gewalt nicht parteiisch das Wohl einzelner Staaten fördern, sondern sie sollte das Wohl aller Menschen verfolgen. Zudem darf sie nicht aufgezwungen werden, sondern ist vielmehr durch ein gemeinsames Abkommen einzusetzen. Entsprechend den Grundprinzipien der Katholischen Soziallehre hebt „Pacem in terris" zudem das Solidaritätsprinzip hervor: Nur die Themen, welche die Möglichkeiten der Staaten überschreiten, sollten Aufgabe der weltpolitischen Gewalt sein (Nr. 140).

Die Schlusspassage des vierten Teils gibt Aufschluss darüber, an welche weltpolitische Autorität die Enzyklika denkt: die Vereinten Nationen. Das Ziel der Vereinten Nationen und ihrer Organisationen sollte sein, Frieden und Gerechtigkeit zu fördern und aufbauend auf den Prinzipien des Personseins und der Menschenwürde das Weltgemeinwohl zu stärken. Damit ist es also die UNO, der die Aufgabe einer weltpolitischen Ge-walt zukommt. Auch wenn Johannes XXIII. be-tont, dass bis zur vollständigen Errichtung dieser globalen Gewalt noch viele politische Schritte zu gehen sind, so hebt er doch hervor, dass die Vereinten Nationen die beste Institution seien, diese Aufgabe zu übernehmen (Nr. 145).

Die Enzyklika ist bis heute hoch aktuell und kann viele konstruktive Impulse für gegenwärtige Debatten über globale Herausforderungen geben. Drei dieser Anregungen sollen abschließend benannt werden. Erstens kann der Begriff des globalen Gemeinwohls gerade angesichts aktueller Problemstellungen Anregungen geben, über das ethische Fundament der Weltgesellschaft neu nachzudenken. Ökologische Grenzen der

westlichen Wirtschaftsweise oder gravierende Auswirkungen von Spekulationen auf die Versorgung mit Nahrungsmitteln zeigen, dass gerade angesichts vernetzter Problemzusammenhänge das Wohl aller Menschen nicht aus dem Blick geraten darf. Es braucht neue Debatten darüber, was unter Weltgemeinwohl zu verstehen ist und wie dies in einer interkulturellen und interreligiösen Perspektive ausbuchstabiert werden kann.

Zweitens sind hierfür heute auf der politischen und rechtlichen Ebene die Menschenrechte der zentrale Bezugspunkt. Die Betonung der Menschenrechte durch Johannes XXIII. bewahrheitet sich also in den vergangenen vierzig Jahren mehr und mehr. Menschenrechte wollen eine normative Beurteilung globaler Prozesse und Institutionen ermöglichen und eine Orientierung für politische Weichenstellungen geben. Sie sind damit in der Sprache der Enzyklika eine politische und rechtliche Sicherung dessen, was mit dem Begriff Gemeinwohl der Weltgemeinschaft angezielt ist.

Menschenrechte sind dabei kein abgeschlossenes Gebilde. So kamen nach 1963 zwei weitere Generationen zum sogenannten Zivilpakt, d. h. zu den Menschenrechten von 1948, hinzu: Die zweite Generation umfasst wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte; dazu gehören das Recht auf Nahrung oder eine angemessene Gesundheitsversorgung und Bildung. Die dritte Generation umfasst kollektive Ansprüche. Zu diesen gehört das Recht auf Entwicklung oder auch ein gerechter Anteil an den natürlichen Ressourcen. So wie die Menschenrechte in der Vergangenheit fortgeschrieben wurden, so bedürfen sie deshalb auch in Zukunft einer ständigen Weiterentwicklung im Hinblick auf neue gesellschaftliche Herausforderungen. Ein Beispiel dafür ist die gegenwärtige Debatte über den Klimawandel, in der immer mehr Akteure die Klimafolgen als eine Verletzung grundlegender Menschenrechte interpretieren.

Der dritte Impuls von „Pacem in terris" betrifft die Etablierung einer weltpolitischen Gewalt. In den letzten vierzig Jahren sind die Vereinten Nationen ganz im Sinne der Enzyklika mehr und mehr zu einer globalen Autorität geworden. Ihre verschiedenen Organisationen und Gremien sind entscheidende Plattformen, auf denen globale Probleme verhandelt und Lösungen gesucht werden. Der Einsatz für Armutsbekämpfung durch die Millennium-Entwicklungsziele oder das Ringen um friedliche Konfliktbeilegung im UN-Sicherheitsrat sind Beispiele hierfür.

Allerdings zeigen die vielen globalen Probleme auch, dass der Handlungsspielraum der Vereinten Nationen nach wie vor begrenzt ist. Für die meisten globalen Probleme, angefangen von der Friedenssicherung bis hin zu einer nachhaltigen Klimapolitik, konnte auch nach dem Ende des Kalten Krieges keine Lösung gefunden werden. Im Gegenteil: Viele globale Probleme haben sich sogar verschärft. Die Vereinten Nationen sind zwar die zentrale Institution, mit denen diese Probleme beantwortet werden sollen, aber ihre politische Autorität könnte mit Blick auf die Enzyklika durchaus noch gestärkt werden.

Manche Autoren sehen genau an dieser Stelle Handlungsbedarf. Ihrer Ansicht nach sollten die Vereinten Nationen zu einer föderalen Weltrepublik ausgebaut werden, um effektiv und vor allem demokratisch legitimiert weltpolitisch handeln zu können. Denn die Vereinten Nationen sind bislang nicht zu einer politischen Gewalt im Sinne einer globalen Gewaltenteilung geworden. So ist der Sicherheitsrat oftmals zerstritten und auch der Internationale Strafgerichtshof weist deutliche Begrenzungen auf. Einige Autoren greifen dabei in ihren Ansätzen auch dezidiert das Subsidiaritätsprinzip auf, um sicherzustellen, dass nur die Fragen in einer solchen, zur föderalen Weltrepublik weiterentwickelten UNO diskutiert werden, denen wirklich weltgesellschaftliche Relevanz zukommt. Allerdings stehen nicht nur praktische Grenzen einer solchen Reform gegenüber, wie z. B. der fehlende politische Wille der Staaten, sondern es werden auch kulturelle Bedenken geäußert. Muss eine weltpolitische Autorität nicht deutlich mehr kulturelle Vielfalt institutionell zum Ausdruck bringen, als wir dies von nationalstaatlichen Gewalten gewohnt sind?

Die gegenwärtige weltpolitische Lage macht deutlich: Es braucht eine Stärkung der weltpolitischen Autorität. Verbindliche globale Regeln sind notwendig, um den globalen Problemen effektiv und gerecht begegnen zu können. Wie genau diese globale Gewalt allerdings auszusehen hat, darüber besteht in der wissenschaftlichen und politischen Debatte nach wie vor Uneinigkeit. Hier kann der visionäre Charakter der Enzyklika einen Impuls geben, um darüber neu nachzudenken.

Prof. Dr. Michael Reder ist Professor für Sozial- und Religionsphilosophie an der Hochschule für Philosophie in München und Inhaber des Lehrstuhls für Praktische Philosophie mit dem Schwerpunkt Völkerverständigung.

Foto: © Wally McNamee/CORBIS

Die Vereinten Nationen sollen zu einer globalen politischen Gewalt weiterentwickelt werden.

Menschenrechte als Fundament für eine friedliche Gesellschaft

Einführung in die Friedenslehre der Katholischen Kirche

Von Heinz-Gerhard Justenhoven

Das christliche Engagement für ein friedliches Miteinander zwischen Menschen, Völkern und Staaten hat seinen tiefsten Grund in Jesus Christus: „Denn Er ist unser Friede“ (Eph 2,14). Das II. Vatikanische Konzil versteht den irdischen Frieden, für den sich viele Menschen einsetzen, als „Abbild und Wirkung des Friedens, den Christus gebracht hat“. Dennoch ist die Wirklichkeit eine andere: Krieg und Gewalt sind Alltag in vielen Regionen der Welt. Wie kann dieser Zustand überwunden und die christliche Hoffnung auf den Frieden im Rahmen unserer Möglichkeiten mehr Realität werden?

Seit der Friedensenzyklika „Pacem in terris“ von Papst Johannes XXIII. (1963) anerkennt die Katholische Kirche die Menschenrechte als das entscheidende Fundament einer friedlichen Gesellschaft, sowohl der staatlichen wie der globalen Gesellschaft. Als Ebenbild Gottes ist der Mensch mit einer einzigartigen Würde ausgezeichnet; als ein vernunftbegabtes und verantwortungsvolles Wesen ist er herausgefordert, das Zusammenleben mit den Mitmenschen in der unmittelbaren Umgebung wie in der Weltgemeinschaft verantwortlich zu gestalten. Die Menschenrechte, wie sie beispielsweise in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 verbindlich festgehalten sind, beschreiben das erforderliche Minimum, das Menschen im Umgang miteinander zu respektieren haben. Menschenrechte werden auch zunehmend als vorstaatliches Recht angesehen, das jeder Staat zu respektieren hat und an denen die staatliche Souveränität ihre Grenze findet.

Die Wahrung der Würde der Person durch Achtung und Sicherung der Menschenrechte bedarf eines verbindlichen Rechts und der

Für eine Welt in Frieden – Religionen und Kulturen im Dialog.

dieses Recht gewährleistenden Rechtsinstitutionen. Diesen Rechtsrahmen herzustellen und zu sichern, ist die wichtigste Aufgabe des Staates. Sofern der Staat dieser Aufgabe nachkommt, leistet er einen entscheidenden Dienst am Frieden zwischen seinen Bürgern.

Der Einsatz für die Menschenrechte darf sich nicht allein auf die jeweilige staatliche Gemeinschaft begrenzen. Die Friedensethik unserer Kirche argumentiert schöpfungstheologisch, d. h. sie versteht den Menschen als Geschöpf Gottes und das Menschengeschlecht als eine vom Schöpfer gewollte und geschaffene Einheit. Aufteilungen in Staaten, Völker und Kulturen sind gegenüber dieser grundlegenden Einheit der Menschheit sekundär. Die universale Geltung fundamentaler Rechte für alle Menschen lässt sich darüber hinaus auch mit verschiedenen philosophischen Argumenten begründen; es besteht ein breiter Konsens, dass Menschenrechte für alle Menschen und überall gelten müssen. Allerdings hat das internationale Recht bis heute nicht die gleiche Verbindlichkeit, wie wir das vom innerstaatlichen Recht gewohnt sind. Das internationale (oder Völker-)Recht hat im 20. Jahrhundert eine enorme Entwicklung genommen. Allerdings können die Staaten als die entscheidenden internationalen Akteure nicht in der gleichen Weise durch das Recht verpflichtet und dann auch geschützt werden, wie dies innerstaatlich durch einen funktionierenden Rechtsstaat geschieht. Dem internationalen Recht fehlen Institutionen, die das Recht, insbesondere der Schwächeren, schützen und Recht unparteilich auch gegenüber großen Staaten durchsetzen können.

Es ist genau diese Weiterentwicklung, die die Katholische Kirche seit der Gründung der Vereinten Nationen fordert: Schon 1944 hat Papst Pius XII. gefordert, die Menschheit müsse eine universale, die ganze Welt umfassende politische Ordnung entwickeln, um Krieg und Gewalt zu überwinden. Diese Ordnung finde nicht am Staat, an der Nation oder an einer anderen partikularen Größe ihre Grenze. So kritisieren das II. Vatikanische Konzil sowie die Päpste von Pius XII. bis Benedikt XVI. die Defizite des bestehenden internationalen politischen Systems der Gemeinschaft souveräner Staaten und verlangen eine grundlegende Reform der Vereinten Nationen: „Das erfordert freilich, dass eine von allen anerkannte öffentliche Weltautorität eingesetzt wird, die über wirksame Macht verfügt, um für alle Sicherheit, Wahrung der Gerechtigkeit und Achtung der Rechte zu gewährleisten." Diese Reform soll den folgenden Kriterien entsprechen: Die Vereinten Nationen sollen zu einer wirklichen globalen politischen Gewalt weiterentwickelt werden, die demokratisch und föderal strukturiert sein soll, auf der „Übereinkunft aller Völker begründet ist", also nach dem Konsensprinzip arbeitet, und nur subsidiär tätig werden darf. Die katholische Friedensethik argumentiert mit dem Begriff des Gemeinwohls: Zwar sei die Realisierung des Gemeinwohls primär Aufgabe des jeweiligen Staates, aber dort, wo der Einzelstaat an seine Grenzen komme, bedürfe es einer universalen politischen Gewalt, die subsidiär die erforderlichen Aufgaben übernehme und solcherart das internationale Gemeinwohl sichere. Dabei geht die kirchliche Friedensethik davon aus, dass Rechtssicherheit ohne mit entsprechender Autorität ausgestattete Institutionen und nur auf der Basis der Freiwilligkeit nicht erreichbar ist. Aus diesem Grund soll eine globale öffentliche Autorität gegenüber den Staaten effektive Kompetenzen haben und aufgrund vorheriger Zustimmung der Staaten in deren Souveränität eingreifen

können. Die bestehenden internationalen Institutionen werden unter dieser Perspektive als richtige und wichtige Schritte auf die geforderte internationale Ordnung hin gesehen.

Wie kann angesichts der häufigen Missachtung eine Entwicklung in die geforderte Richtung befördert werden? Von den Staaten als den entscheidenden internationalen Akteuren ist in ihrem wohlverstandenen Eigeninteresse eine Umorientierung zu fordern – von der Orientierung auf das jeweilige Partikularinteresse hin auf das internationale Gemeinwohl, „das auf Recht und Gerechtigkeit gründet". Ohne diese Umorientierung und die Unterwerfung staatlicher Souveränität unter das internationale Recht sind die bestehenden Interessengegensätze unterschiedlich starker Staaten – und damit auch der Krieg - nicht gerechtigkeitsorientiert überwindbar.

Papst Johannes Paul II. forderte, dass das bestehende Völkerrecht sowie die entsprechenden internationalen Institutionen von den Staaten geachtet werden, gerade weil es noch keine effektive internationale Autorität gibt, die die Rechtsbefolgung als Gegenüber der Staaten notfalls auch durchsetzen kann. Als ein an Gerechtigkeit orientiertes Regelsystem soll das internationale Recht den Frieden zwischen den Menschen und zwischen den Völkern und Staaten sichern. Genau in diesem Sinn ist das Jesaja-Wort zu verstehen: „Das Werk der Gerechtigkeit wird der Friede sein" (Jes 32,17). Wie das Prinzip der Gleichheit als Rechtsgrundsatz zwischen einzelnen Bürgern eines Staates gilt, so hat es als völkerrechtlicher Grundsatz zwischen den Völkerrechtssubjekten zu gelten. Dies ist von den Staaten nur im Konsens erreichbar. Auf dem Weg zu diesem Ziel ist die bestehende internationale Gerichtsbarkeit, insbesondere der Internationale Strafgerichtshof zur Verurteilung von Kriegsverbrechen, ein richtungsweisender Schritt. Das Ziel ist, dass zwischenstaatliche Konflikte verpflichtend vor der internationalen Gerichtsbarkeit ausgetragen werden und nicht mit militärischer Gewalt.

Vor allem mit seinen zahlreichen Versöhnungsinitiativen und dem Friedensgebet der Religionen in Assisi hat Papst Johannes Paul II. den Einsatz zur Überwindung der Gewaltursachen ins Zentrum christlichen Friedenshandelns geholt. Mit beiden Initiativen verdeutlicht er, dass Gewalt- und Unrechtserfahrungen, die im kollektiven Bewusstsein eines Volkes präsent sind, leicht für politische Ziele instrumentalisiert werden können. Das gemeinsame Friedensgebet der Religionen wehrt dabei auch den Versuch ab, religiöse Botschaften für die Legitimierung von Gewalt zu benutzen.

Friedensunterricht in einer Schule in Ibadan/Nigeria.

Prof. Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven ist Direktor des Instituts für Theologie und Frieden (ithf) sowie Stiftungsvorstand der Katholischen Friedensstiftung in Hamburg. Er ist außerplanmäßiger Professor an der Theologischen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

„Ein weiterer wichtiger Schritt wurde getan, als die internationale Staatengemeinschaft im Juli 1998 in Rom das Statut eines Ständigen Internationalen Strafgerichtshofs verabschiedete. Dadurch sollen in Zukunft schwerste internationale Verbrechen (Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Aggressionen) strafrechtlich verfolgt werden. Von der Errichtung eines solchen, seit vielen Jahren auch von kirchlicher Seite geforderten Gerichtshofs geht das deutliche Signal aus, dass man bei derartigen Verbrechen künftig nicht mehr auf Straffreiheit setzen kann."

Aus: Wort der deutschen Bischöfe „Gerechter Friede" vom 27.09.2000, Nr. 82.

Herrschaft und Macht im Dienst am Leben

Von Johanna Erzberger

Die ersten Kapitel der Bibel erzählen von der Erschaffung der Welt, des Menschen und vom Ort des Menschen in dieser Welt, wie er sich aus dem Gegenüber zu ihr, zum Schöpfer und zu den anderen Menschen ergibt.

Dabei ist die biblische Urgeschichte auch Produkt ihrer Zeit und ihres kulturellen Umfeldes. Ihre Verstehenshintergründe, ihre Vorstellungsmuster, einen Großteil ihrer Motive teilt sie mit zahlreichen weiteren Mythen des Alten Orients. Wie in Ägypten, wie in Babylon ist die Schöpfung auch nach der Darstellung der Bibel keine creatio ex nihilo, keine Schöpfung aus dem Nichts. Sie entsteht aus dem ordnenden, Leben ermöglichenden herrschaftlichen Eingreifen Gottes in das Chaos. In der Vorstellung Ägyptens bildet sich die Herrschaft der Götter in der ordnungsstiftenden Herrschaft ab, die eine genuine Aufgabe des menschlichen Herrschers ist. Indem er über das drohende Chaos in Gestalt wilder Tiere oder feindlicher Mächte siegt, repräsentiert er die Götter. Bei aller Einbindung in den kulturellen Kontext des Alten Orients zeigt sich hier eine entscheidende Differenz. Im ersten Kapitel der Genesis wird diese Aufgabe unterschiedslos dem Menschen als Menschen übertragen.

Die Autoren des sogenannten ersten Schöpfungsberichtes (Gen 1,1–2,4a) sprechen in diesem Zusammenhang vom Menschen als dem ‚Bild' Gottes. Auch die Rede vom Menschen als dem ‚Bild' Gottes ist nicht verständlich ohne ihren allgemeinaltorientalischen Verstehenshintergrund. Das mit ‚Bild' (in der Einheitsübersetzung von 1979 mit ‚Abbild') übersetzte hebräische Wort bezeichnet an anderer Stelle eine Rundplastik oder ein Götterbild. Nach gemeinaltorientalischer Vorstellung wird in einem Götterbild die Gottheit selbst erfahrbar, ohne aber dass ihre Präsenz sich in ihm erschöpft. In diesem Sinne ist der Mensch als ‚Bild' Gottes zum Herrscher über die Schöpfung bestellt. Die Gottesbildlichkeit ist daher nicht so sehr eine Aussage über das Wesen des Menschen als vielmehr ein Auftrag, dem er in seinem Handeln gerecht werden muss – und an dem er auch scheitern kann.

Gern wird im Zusammenhang mit dem biblischen Herrschaftsauftrag des Menschen im Unterschied zur Verwendung des gleichen Motivs ausschließlich auf den König in älteren Texten der Umwelt Israels von der ‚Demokratisierung' dieses Herrschaftsauftrags gesprochen. Es ist zweifellos ein Anachronismus, den Begriff der ‚Demokratie' auf die Bibel anzuwenden. Nichtsdestotrotz ist der wiederholt verwendete Begriff von der ‚Demokratisierung' des Herrschaftsauftrags insofern nicht falsch, als einige ihrer Voraussetzungen Anknüpfungspunkte im Menschenbild des biblischen Textes finden. Die Anwendung der Metapher vom ‚Bild' Gottes unterschiedslos auf den Menschen bringt einerseits die fundamentale Gleichheit aller Menschen zum Ausdruck und macht sie andererseits zum Ausgangspunkt einiger grundsätzlicher Überlegungen zu Herrschaft und Macht.

Die sich in der Metapher von der Gottesbildlichkeit ausdrückende Würde und Bürde des Menschen, die darin besteht, diesen so verstandenen im Ursprung göttlichen Herrschaftsauftrag in der Welt auszuüben, hat Konsequenzen für das Verhältnis der mit diesem Auftrag gleichermaßen ausgestatteten Menschen zueinander. In seiner kanonischen Endgestalt kommt der biblische Text erst nach einer weit kritischeren Bestandsaufnahme zwischenmenschlicher Machtverhältnisse auf die Gottesbildlichkeit des Menschen zurück.

Es ist der sogenannte zweite Schöpfungsbericht (Gen 2,4b-3,24), historisch anderen

und entgegen einer lange verbreiteten Annahme wohl jüngeren Ursprungs, der in seiner skeptischen Grundhaltung hinter den ersten gestellt ist. Die beiden Schöpfungsberichte unterscheiden sich in Inhalt, Gattung und Stil. Beschreibt der erste in Gestalt eines Hymnus die geordnete Welt und den Menschen in ihr, wendet sich der zweite in Gestalt einer Erzählung zuerst dem Menschen zu. Im Kontext des Kanons stellt der zweite Schöpfungsbericht die Spitzenaussage vom Menschen als dem ‚Bild' Gottes (im oben beschriebenen Verständnis) zwar nicht in Frage, stellt ihr aber ergänzend und korrigierend ein deutlich skeptischeres Bild des Menschen zur Seite.

Wie der erste macht auch der zweite Schöpfungsbericht eine Aussage, die Gott und den Menschen ins Verhältnis setzt und den Menschen über seine Gottesähnlichkeit definiert. Die deutlich skeptischere Grundhaltung seiner Autoren zeigt sich bereits darin, wie hier das Motiv der Gottesähnlichkeit eingeführt wird: Es ist die Schlange, die der Frau in Aussicht stellt, dass dem Menschen nach der Übertretung des göttlichen Gebotes und dem Essen vom Baum der Erkenntnis die Augen aufgehen und er Gott darin gleichen wird, dass er Gutes und Böses erkennt. Gott selber gibt der Schlange recht (Gen 3,22). In ihrer Konsequenz aber schließt die Fähigkeit, Gutes und Böses zu erkennen, den Menschen aus dem Garten Eden aus (Gen 3,23 f.). Letztlich erzählt Gen 3 nicht so sehr vom ‚Fall' des Menschen, als von der Entdeckung der menschlichen Freiheit in all ihrer Ambivalenz. Nicht unpassend hat Kant die Schöpfungserzählung als Parabel vom Mündigwerden des Menschen gelesen.

Im kanonischen Endtext lesen sich die letzten Verse des sogenannten zweiten Schöpfungberichts (Gen 3,14-24) und die darauffolgende Erzählung vom Brudermord (Gen 4) wie ein Kommentar zu dem mit der Gottesbildlichkeit des Menschen verbundenen Herrschaftsauftrag. Deutlich kommt die Ambivalenz menschlicher Freiheit in der Herrschaft des Menschen über den anderen Menschen zum Ausdruck. In Gen 3,16 steht die Herrschaft des Menschen über den Menschen am Beispiel der Herrschaft des Mannes über die Frau im Rahmen der Fluchsprüche. In Gen 4,7 f. übt Kain, der des bösen Triebes nicht Herr wird, stattdessen unheilvolle und todbringende Macht über den Bruder aus.

Die Bibel nennt Leid und Tod, die mit der Herrschaft des einen Menschen über den anderen einhergehen, beim Namen. Sie heißt sie nicht gut. Im Zusammenspiel der Texte scheint das unheilvolle Tod und Leid bringende Ungleichgewicht der Macht mit der Ausübung des königlich-göttlichen Herrschaftsauftrages unter der Bedingung menschlicher Freiheit jedoch nolens volens verbunden zu sein. Im Ausgang der Sintfluterzählung, die an beide Erzähltraditionen anknüpft, kommt die Bibel vor diesem Hintergrund auf die Metapher des ‚Bildes' zurück.

Unter Verweis darauf, dass jeder Mensch als Gottes ‚Bild' gemeint und geschaffen ist, wird dem freien herrschaftlichen Handeln des Menschen eine ultimative Grenze gesetzt, die sich aus der Gottesbildlichkeit des Menschen selbst ergibt (Gen 9,6). Das Vergießen des Blutes eines anderen Menschen ist dem Menschen untersagt. Wenn die Herrschaft des Menschen über die Schöpfung die im Chaos Ordnung stiftende und Leben ermöglichende Herrschaft Gottes repräsentieren soll, ist Herrschaft, die zum Tod des anderen Menschen führt oder beiträgt, mit ihr nicht vereinbar. Dies gilt umso mehr, als auch der andere Mensch ‚Bild' Gottes und also mit derselben Würde und demselben Auftrag ausgestattet ist.

Diesseits dieser Grenze bleibt dem freien Menschen die Gestaltung seines Auftrags zur Herrschaft im Bewusstsein der Gefahr ständigen Scheiterns daran und unter den wechselnden Bedingungen seines kulturellen Umfeldes immer wieder neu aufgegeben. An seinem Ziel, Leben zu ermöglichen, muss er sich messen lassen.

Dr. Johanna Erzberger lehrt an der Theologischen Fakultät des Institut Catholique, Paris, Altes Testament mit dem Schwerpunkt Bücher der Prophetie.

„Mit Gerechtigkeit und selbstloser Liebe können wir die höchsten Berge erklimmen“

Interview mit Erzbischof Dr. Ignatius Ayau Kaigama (Jos/Nigeria)

Frage: Schon seit Jahren beobachten die Christen in Deutschland die Entwicklungen in Nigeria mit großer Sorge. Die Lage im Land ist explosiv und verworren. Immer wieder kommen bei Anschlägen der islamistischen Terrorgruppe Boko Haram viele Menschen ums Leben. Sie, Herr Erzbischof, bemühen sich um ein vertrauensvolles Zusammenleben zwischen Christen und Muslimen. Welche Rolle spielt die Religion wirklich in den gewaltsamen Konflikten?

Religion sollte immer eine einende und nicht eine trennende oder gewaltsame Rolle spielen. Das Wort Religion stammt vom lateinischen ligare, verbinden. Leider wird Religion auch für egoistische Zwecke missbraucht. Einige Politiker, Religionsführer und ethnische Chauvinisten bedienen sich der Religion, um sie für ihre persönlichen Interessen zu manipulieren. Viele der Krisen, die wir erlebt haben, wurden nicht wirklich durch die Religion oder den Wunsch, gottgefälliger zu sein, ausgelöst. Religion wird effektvoll als Waffe eingesetzt. Wir wissen, dass die Spannungen durch die Probleme der Bauern und Hirten, Jugendarbeitslosigkeit, Kampf um Land, Staatszugehörigkeit, usw. hervorgerufen wurden. Dies sind neben wirtschaftlichen, politischen und religiösen Faktoren einige der Punkte, die häufig Krisen auslösen, aber sie sind oft durch religiöse Propaganda gefärbt, um Sympathie oder Aufmerksamkeit zu erregen.

Frage: Das Motto des Weltfriedenstages 2013 „Selig, die Frieden stiften“ (Mt 5,9) formuliert auch die Herausforderung an die Kirche in Nigeria. Wie wird sie dieser Aufgabe gerecht?

Frieden ist für uns Christen ein Identitätsmerkmal, da Jesus, unser Herr und Meister, der Friedensfürst ist. Frieden ist ein Gebot für die Menschheit und keine Option. Selig sind die, die Frieden stiften, und deshalb sagt man, dass Gott ihnen gewogen ist. Aufgrund ihrer Berufung müssen Christen zu jeder Zeit Frieden verkünden und leben. Auch wenn Bomben explodieren und Christen getötet werden, Feuer Kirchen zerstören usw., müssen Christen der Friedensbotschaft aus dem Evangelium treu bleiben, ohne der Versuchung nachzugeben, Vergeltung für die feindlichen Angriffe üben zu wollen.

Frage: Seit Jahren setzen Sie sich für Frieden und Versöhnung in Nigeria ein. Was sind die Beweggründe für Ihr Engagement?

Ich glaube an eine gemeinsame Menschheit, weil es „einen Gott und Vater aller“ gibt (Eph 4, 6). Ich denke nicht, dass Gott einen Fehler gemacht hat, indem er uns als Geschöpfe unterschiedlicher Kultur, Rasse oder Geschichte erschaffen hat. Meine Inspiration kommt von Jesus, der seine umfassende Liebe in all seinen Begegnungen mit den Menschen praktizierte. Er aß mit Sündern, bemühte sich um die Heiden und fand selbst für die, die ihn brutal töteten, noch Worte der Vergebung. Auch der Heilige Paulus bietet Anregung. Seine Briefe handeln im Allgemeinen von dem nötigen Frieden und der Ordnung in der Gemeinschaft, von gegenseitigem Respekt und dem Abbau von ethnischen und sozialen Schranken. Wie sein Vorgänger Papst Johannes Paul II. hat auch der Heilige Vater Papst Benedikt XVI. nachdrücklich zum Weltfrieden aufgerufen. Beide Päpste sind für meine pastorale Arbeit im Interesse einer friedlichen Gesellschaft große Vorbilder.

Frage: Mit blutigen Anschlägen auf christliche Kirchen und Gläubige versucht Boko Haram Christen zu vertreiben oder zur Konversion zu zwingen. Es ist sicher nicht leicht, unter diesen Bedingungen über Liebe und Versöhnung zu sprechen. Wie schaffen Sie es, in einem so bedrückenden Umfeld hoffnungsvoll zu bleiben?

Unsere Botschaft ist unbeirrbar. Auch angesichts schwerer Angriffe auf unschuldige Christen und andere Bürger beharren wir weiter darauf, keine Vergeltungsmaßnahmen zu ergreifen. Wir beten für die Betroffenen, dass sie diese feindselige Phase in ihrem Leben als Christen mutig ertragen mögen. Bisher besteht noch keine Gefahr, dass diese fortgesetzten Angriffe den unkontrollierten Zorn und feindliche Reaktionen der Christen im Mittleren Gürtel und im Süden Nigerias hervorrufen, die die Christen im Norden natürlich unterstützen wollen.

Frage: Aus welchen Erfolgserlebnissen schöpfen Sie Zuversicht für Ihre Arbeit?

Dass es auf all diese Angriffe keine Vergeltungsmaßnahmen gab, ist schon ein Erfolg. Es scheint uns zu gelingen, Böses mit Gutem zu bekämpfen. Es gibt heute mehr klare Stellungnahmen von bedeutenden islamischen Führern und islamischen Gruppen, die Terror im Namen des Islam verurteilen und sich von den Tätern distanzieren. Das ist schon eine Verbesserung, denn in der Vergangenheit hörte man nicht viel von solchen Führern oder islamischen Gruppen. Heute scheinen wir auf der gleichen Seite zu stehen, wenn wir versuchen, die Gewalt zu verurteilen und mit einer Stimme gegen die Mörder zu sprechen, die angeblich „für Gott kämpfen".

Frage: Sie haben zur Förderung des interreligiösen Dialogs in der Erzdiözese Jos eine Bildungsstätte errichtet, wo Christen und Muslime gemeinsam studieren können. Welche Erfahrungen haben Sie hier bisher gemacht?

Ich war sehr beeindruckt und erfreut, als wir die ersten Absolventen des Interfaith Youth Vocational Centre in Bokkos im Juli verabschiedeten. Selbst die Skeptiker, die die Durchführbarkeit des Projektes anfänglich angezweifelt hatten und dagegen waren, haben es schließlich doch als eine visionäre Initiative bezeichnet. Wir sind glücklich, dass dieses Pilotprojekt funktioniert, und hoffen, dass es an möglichst vielen Orten Nachahmung finden kann. Das ist die Lösung: Ermutigung zu einem friedlichen Zusammenleben, zu gegenseitigem Respekt und zu einem kreativen Einsatz unserer Fähigkeiten für das Gemeinwohl anstelle der Zerstörung von Leben und Eigentum unter dem Vorwand, Gott oder die Religion verteidigen zu wollen. Für Gott zu kämpfen, ist doch ein Eingeständnis, dass Gott so schwach ist, dass er Hilfe braucht! Wir hoffen, dass die jungen Menschen, die diese Schule verlassen, den Dialog als Möglichkeit zur Beilegung von Streitigkeiten pflegen und nicht die feindliche Konfrontation suchen, um so Werkzeuge des Friedens in ihren Gemeinschaften zu werden. Wir freuen uns auf den Ausbau der Bildungsstätte. Das Unterrichtsangebot soll erweitert und auch Mädchen sollten aufgenommen werden.

Frage: Der Terror von Boko Haram ist auch Ausdruck einer Staatskrise in Nigeria. Er zeigt die Schwäche der Regierung, die es nicht vermag, dem Reichtum des Landes, der angesichts der enormen Ölvorkommen gegeben ist, gerecht zu werden. Welche Möglichkeiten hat die Kirche, hieran etwas zu ändern?

Die Kirche lehnt die destruktive Strategie von Boko Haram ab, die versucht, mit gewaltsamen Mitteln auf gesellschaftliche Missstände aufmerksam zu machen. Allerdings muss man festhalten, dass sie bei ihren Mordabsichten anscheinend von dem Wunsch geleitet sind, soziale Missstände wie Unmoral, Korruption und schlechte Regierungsführung zu beheben. Sie behaupten, westliche Bildung und Werte hätten keinen positiven Einfluss auf das Leben in der Gesellschaft gehabt, und deshalb sollte die Sharia überall eingeführt werden, um so die Situation zu bessern. Das ist nicht möglich. Es gibt Länder, in denen die Sharia gilt, die aber immer noch Probleme in der Gesellschaft haben. Es ist gut, dass Boko Haram auf die Unregelmäßigkeiten in der Gesellschaft hinweist, aber sie können nicht weiterhin die Ärmsten töten und ausrauben, für die sie sich angeblich einsetzen. Bei ihrem verstärkten Bemühen um eine Behebung der gesellschaftlichen Missstände ist Boko Haram entweder orientierungslos oder hat ihr eigentliches Anliegen aus den Augen verloren. Die Ursachen für Armut und Korruption trotz hoher Einnahmen aus der Ölförderung liegen zugegebenermaßen in schlechter Regierungsführung und verantwortungslosem und rücksichtslosem Gebrauch von Ressourcen durch einige wenige. Moralischer Bankrott ließ die Führung des Landes die bedauernswerte Situation der Armen und Ausgegrenzten nicht mehr sehen. Jeder rechtschaffene Nigerianer sollte über die moralische Verderbtheit der Politiker, für die die Armen nur ein Sprungbrett zur Macht sind, verärgert sein. Wir werden weiterhin für Gerechtigkeit kämpfen. Das Sekretariat unserer Bischofskonferenz koordiniert unsere politische Arbeit und Aktionen. Wir geben entschiedene Stellungnahmen heraus und verurteilen Ungerechtigkeit und Korruption, aber sie scheinen auf taube Ohren zu stoßen. Trotzdem geht unser Einsatz weiter. Wir sehen Licht am Ende des Tunnels.

Frage: Ist Weltfrieden möglich? Was sind nach Ihrer Meinung die Voraussetzungen?

Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass Weltfrieden möglich ist. Mit Gerechtigkeit und aufrichtiger selbstloser Liebe können wir die höchsten Berge erklimmen. Frieden kostet nur Liebe. Frieden ist erschwinglich. Es bedarf guten Willens und eines großen Herzens ohne Vorurteile und Klischees. Wir müssen an unsere gemeinsame Menschlichkeit glauben, einander die Hand reichen, Solidarität und Freundschaft für alle empfinden, unabhängig von ihrer Nationalität, Hautfarbe oder ihrem Glauben, dann wird Friede in die Welt strömen.

Die Fragen stellte Hermann-Josef Großimlinghaus

Ökonomie im Dienst menschlicher Entwicklung

Internationale Wirtschafts- und Finanzordnung als globales Gemeingut

Von Johannes Wallacher

Die anhaltende Finanz- und Staatsschuldenkrise ist nicht das Ergebnis einer unglücklichen Verkettung einzelner politischer oder bankbetrieblicher Fehlentscheidungen, sondern die Folge sich wechselseitig verstärkenden Markt- und Politikversagens in den einzelnen Ländern wie auch international. Die gegenwärtigen Wirtschaftsstrukturen erlauben es, die negativen Folgen des Handelns anderen aufzubürden und in die Zukunft zu verschieben. So wird die Risikobereitschaft rein renditegetriebener Investoren und Spekulanten nach wie vor nicht durch ausreichende Haftungsregeln begrenzt. Gleichzeitig sind viele Staaten hoch verschuldet, was deren Handlungsspielräume weit in die Zukunft hinein erheblich einschränkt.

Auch in ökologischer Sicht ist es fatal, dass wir die Umweltschäden anderen auflasten und notwendiges Gegensteuern in die Zukunft verschieben. So machen die schon jetzt als Trend erkennbaren Folgen der globalen Klimaveränderungen vor allem arme Menschen in anderen Erdteilen und zukünftige Generationen noch verwundbarer.

Diese Defizite bergen ein erhebliches Konfliktpotenzial und untergraben auf Dauer auch das Vertrauen in die Demokratie, die Politik und die Marktwirtschaft. Notwendig ist daher eine ethische Grundlegung von Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, welche die Vorzüge von Markt und Wettbewerb würdigt, gleichzeitig aber auch den Bedarf an ordnungspolitischer Gestaltung aufzeigt. Die Katholische Soziallehre betont seit jeher, dass die Marktwirtschaft kein Selbstzweck ist, sondern im Dienst einer umfassenden, der personalen Würde des Menschen angemessenen Entwicklung stehen muss. Die Ordnungsstrukturen, die dafür notwendig sind, lassen sich in Zeiten fortschreitender globaler Verflechtungen und Abhängigkeiten allerdings nicht mehr allein nationalstaatlich gewährleisten. Vielmehr sind mehr regionale und globale

Der Kampf ums tägliche Überleben: Suche nach Verwertbarem im Müll.

Zusammenarbeit sowie die Einbeziehung anderer Formen politischer Steuerung (unter Einbeziehung privater Akteure wie der Zivilgesellschaft) unausweichlich.

Umso ernüchternder ist der politische Zustand der Weltgemeinschaft, die gegenwärtig kaum in der Lage ist, rasch und wirksam auf die verschiedenen Herausforderungen zu reagieren. Zu offenkundig ist die Krise des Multilateralismus in vielen Bereichen. Es gelingt nicht, eine Weltordnung zu schaffen, in der alle Beteiligten gleichermaßen Gehör finden und unter gemeinsamen Spielregeln nach Lösungen für globale Probleme suchen, angefangen von der Bekämpfung der Armut und des Hungers über den Umwelt- und Klimaschutz bis hin zur strukturellen Neuordnung der Finanzmärkte und des Welthandels. In all diesen Bereichen haben die politischen Bemühungen um international koordinierte Lösungen deutlich an Intensität verloren.

Es wäre jedoch zu einfach, dies allein auf einen Faktor - wie etwa den fehlenden politischen Willen der Beteiligten - zurückzuführen. Eine genauere Betrachtung zeigt, dass vielfältige Hindernisse zu überwinden und ein breites Bündel unterschiedlicher, wechselseitig verknüpfter Schwierigkeiten in den Blick zu nehmen sind. Erstens sind die politischen Strukturen auf der Weltbühne deutlich weniger durchsetzungsfähig, als dies bisher den Anschein hatte. Sie erweisen sich als zu schwach, zu schwerfällig oder zu zersplittert, um die drängenden Herausforderungen wirksam und koordiniert zu bearbeiten. Zweitens haben globale Institutionen noch keine angemessene Antwort auf die weltpolitischen Gewichtsverschiebungen und den Bedeutungszuwachs der Schwellenländer gefunden. Die aufstrebenden Schwellenländer werden vermutlich nur dann mehr internationale Verantwortung übernehmen, wenn sie entsprechend ihrer größeren wirtschaftlichen und politischen Macht auch angemessen in der Leitung internationaler Institutionen vertreten sind.

Drittens wurde die zentrale Rolle von Gemeinschaftsgütern bisher nicht ausreichend berücksichtigt, die im 21. Jahrhundert eine zentrale Rolle für eine dauerhaft menschliche Entwicklung spielen werden. Markt und Wettbewerb sind nicht imstande, ein ausreichendes Angebot solcher Gemeinschaftsgüter wie Sicherheit, Vertrauen, Umwelt- oder Klimaschutz zu schaffen. Da die davon ausgehenden Vorteile im Gegensatz zu Privatgütern nicht direkt den einzelnen Wirtschaftsakteu-

ren zugerechnet werden können, ist es für diese nach der ökonomischen Logik nicht vernünftig, solche Güter selbst herzustellen und zu finanzieren. Es lohnt sich vielmehr, dies anderen zu überlassen und die daraus resultierenden Vorteile soweit wie möglich im eigenen Interesse zu nutzen (Trittbrettfahrer-Problem). Wenn sich allerdings alle so verhalten, werden keine Gemeinschaftsgüter produziert. Aufgrund dieses Marktversagens ist in der Regel der Staat für die Bereitstellung öffentlicher Güter zuständig. Auf internationaler Ebene stellt sich das Problem, dass nun oft die Staaten ihre kurzfristigen Eigeninteressen verfolgen und eine übergeordnete Ebene nicht in Sicht ist, welche die kollektive Untätigkeit überwinden könnte. Dieses Dilemma zeigt, wie notwendig angesichts globaler Herausforderungen neue institutionelle Formen der Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinweg sind.

Die seit einem Bombenangriff durch die Regierungsarmee auf das Dorf Isoke im Sudan behinderte Teresa mit ihrer Mutter und Geschwistern.

„... Es bestehen zwischen den Nationen gegenseitige Rechte und Pflichten. Deshalb sollen auch ihre Beziehungen von der Norm der Wahrheit, der Gerechtigkeit, der tatkräftigen Solidarität und der Freiheit bestimmt werden. Das gleiche natürliche Sittengesetz, das die Lebensordnung unter den einzelnen Bürgern regelt, soll auch die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Staaten leiten.“

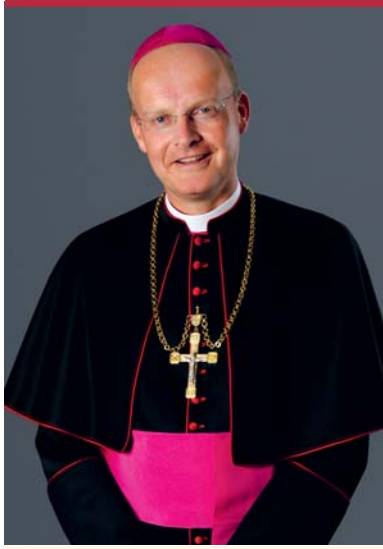
Aus: Enzyklika „Pacem in terris“, Nr. 80

Ein zunehmend wichtiges Gemeingut ist der Aufbau bzw. Erhalt eines zuverlässigen und effizienten Finanzsystems, da dies eine zentrale Vorbedingung für eine dauerhafte wirtschaftliche Entwicklung ist. Bei näherer Betrachtung wird jedoch deutlich, dass die Stabilisierung des Finanzsystems (notwendige strukturelle Reformen des Finanzsystems wie zur Haushaltskonsolidierung) sich als ein Geflecht sich überlagernder und teilweise auch konkurrierender nationaler wie globaler Gemeingüter erweist. Dies erfordert begründete ethische Abwägungskriterien und eine spezifische Ethik des Finanzwesens. Aufgrund der systemrelevanten Rolle des Kreditwesens für die Gesamtwirtschaft reicht es nicht aus, allgemeine wirtschafts- und unternehmensethische Maßstäbe auf Finanzinstitute anzuwenden, sondern es ist notwendig, eigene spezifische Maßstäbe für das Finanzwesen zu begründen und entsprechend anzulegen. So haben Kreditinstitute als Intermediäre von Kapitalangebot und Kapitalnachfrage eine wichtige Dienstleistungsfunktion für die Realwirtschaft, d. h. das Dienstleistungsangebot der Finanzinstitute muss sich daran messen, ob sie den anderen Wirtschaftsakteuren wirklich Vorteile bringen, indem sie ihnen bessere Möglichkeiten der Geldanlage, der Finanzierung oder der Absicherung von Risiken bieten. Von daher betrachtet sind dann bestimmte Formen von Finanzgeschäften wie der Hochgeschwindigkeitshandel, Leerverkäufe oder die rein renditegetriebenen Aktivitäten von nicht-kommerziellen Händlern auf Agrarterminmärkten höchst fragwürdig. Denn diese von sehr kurzfristiger Rendite getriebenen Aktivitäten verstärken das Risiko spekulativer Blasenbildung und gefährden eine stabile Entwicklung breiter Bevölkerungsschichten.

Prof. DDr. Johannes Wallacher, Präsident der Hochschule für Philosophie München und Professor für Sozialwissenschaften und Wirtschaftsethik an dieser Hochschule.

„Selig, die Frieden stiften“

Predigt anlässlich des Weltfriedenstages, 1. Januar 2013



Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck

Bischof von Essen, Katholischer Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr

Wir Menschen werden von Sehnsüchten bestimmt, von der Sehnsucht nach Anerkennung und Liebe, von der Sehnsucht nach Wertschätzung und Gerechtigkeit, von der Sehnsucht nach Frieden. Schon bei kleinen Kindern ist zu beobachten, dass sie sich beim Spielen, wenn es zum Streit kommt, auch darum bemühen, dass es gerecht zugeht und dass im Konfliktfall der Friede wiederhergestellt wird. Einfach aber gelingt das in der Regel nie. Dann sind Eltern und andere Autoritäten gefragt – zum Trösten und zum Helfen, zum Zuhören und Vermitteln. Ist der Streit dann beigelegt und der Friede wieder hergestellt, sind strahlende Gesichter die Belohnung.

Was schon im Kleinen gilt, beschäftigt uns erst recht im Großen. Der so gewalttätige und blutige Konflikt in Syrien hat uns dies im Jahr 2012 auf eindringlichste Weise gezeigt. Gewalt und Waffen führen nicht zum Frieden. Es braucht dafür Verhandlungen, die einen berechtigten Interessenausgleich herstellen und Wege zum Frieden ebnen. Ein mühevoller, dornenreicher und schwieriger Weg, der viele Opfer kostet. Bei aller Tragik und Dramatik solcher Konflikte darf auch die Stimme des Gewissens, das Frieden herrschen solle, nicht verstummen. Denn die Stimme des Gewissens existiert in jedem Menschen, auch wenn sie oft überdeckt ist vom Lärm der Waffen, von den Aggressionen und der Wut, dem Zorn und den vielen Ausdrucksformen von Gewalt.

Wir Christen sind hier besonders herausgefordert, gerade angesichts der uralten Menschheitsfrage, wie denn Frieden immer wieder hergestellt und bewahrt werden könne. Der Friede an sich ist mehr als die Abwesenheit von Gewalt. Dabei wissen wir, dass Frieden in der Regel ein Idealzustand ist, der niemals vollständig erreicht wird, da es kein menschliches Leben ohne Spannungen gibt, seien sie psychischer, geistiger, geistlicher oder körperlicher Art. Darum sind Menschen so wichtig, die von den Gedanken des Friedens nicht lassen und sich mit ihrer ganzen Person dafür einsetzen, Frieden zu schaffen.

Schon die große Friedensvision des Propheten Jesaja spricht in packenden Bildern von diesem Frieden, wenn es dort nämlich heißt, dass der Geist des Herrn auf dem Messias ruht, der die Hilflosen gerecht macht, für die Armen gerecht richtet und für sie sorgt. Nicht in menschlichen Zuständen, sondern in einer Person, die von Gott kommt, wird der Friede letztlich verwirklicht, so Jesaja. Wenn all die Gegensätze – der Wolf und das Lamm, der Panther und das Böcklein, das Kalb und der Löwe, der Säugling und die Natter, also alles, was Spannung und Unfriede erzeugt – einander ergänzen, weil sie von einer Person, die von Gott kommt, zusammengehalten werden, dann wird endgültiger Friede sein (vgl. Jes 11,10-16). All dies gilt im Selbstverständnis Jesu und damit in unserem Bekenntnis, wer Jesus Christus für uns ist. Jesus selber ist unser Friede (Eph 2,14). Es ist Jesus, der das Gottesreich der Gerechtigkeit, des Friedens und der Freude bringt. Aus dieser Optik wird der Friede nie nur als ein Idealzustand verstanden, sondern immer als ein Tun Gottes mit, an und für uns Menschen, das in Jesus schon seine Erfüllung gefunden hat. Überall da, wo Frieden ist, ist Gott selbst gegenwärtig und wirkt.

Ein solcher echter Friede hat immer mit der Verwirklichung von Recht und Solidarität, mit der Würde des Menschen und den Menschenrechten zu tun. Wie im Kleinen so im Großen bedeutet dies, dass Konfliktnachsorge immer Konfliktvorbeugung heißt und eine permanente Friedensarbeit nötig ist, die jeder Idealisierung wie Ideologisierung von Lebensüberzeugungen vorbeugt und der Würde aller Menschen dient. So kann deutlich werden,

Auf die Kraft des Gebets setzen.

dass der Friede ein Werk der Gerechtigkeit ist und der Ertrag der Gerechtigkeit Ruhe und Sicherheit (vgl. Jes 32,16-17).

Wir Christen und die Kirche haben die Chance, heute mit Gewissensbildung und alltäglicher Versöhnungsarbeit im Kleinen zum Frieden beizutragen. Die Kirche muss schlicht eine Seelsorge für den Frieden ins Werk setzen, der sich den Maßstäben weltweiter Solidarität stellt. Das heißt schließlich auch, auf die Kraft des Betens zu setzen und das Beten durch Zeugenschaft andere Menschen zu lehren. So hat es der heilige Franz von Assisi getan, der uns in seinem großen Friedensgebet einen nüchternen Blick für die Wahrnehmung unserer menschlich oft so spannungsreichen Wirklichkeit lehrt. Er hält uns an, uns am Beispiel Jesu auszurichten. In seinem Beten wird konkret, was es heißt, dass für uns Christen der letzte Maßstab unseres Handelns Jesus Christus selbst ist, der nicht nur den Frieden gebracht hat, sondern der der Friede ist.

Franz von Assisi betet:

„Herr, mach mich zu einem Werkzeug Deines Friedens,
dass ich liebe, wo man hasst;
dass ich verzeihe, wo man beleidigt;
dass ich verbinde, wo Streit ist;
dass ich die Wahrheit sage, wo Irrtum ist;
dass ich Glauben bringe, wo der Zweifel droht;
dass ich Hoffnung wecke, wo Verzweiflung quält;
dass ich Licht entzünde, wo Finsternis regiert;
dass ich Freude bringe, wo der Kummer wohnt.
Herr, lass mich trachten,
nicht, dass ich getröstet werde, sondern dass ich tröste;
nicht, dass ich verstanden werde, sondern dass ich verstehe;
nicht, dass ich geliebt werde, sondern dass ich liebe.
Denn wer sich hingibt, der empfängt;
wer sich selbst vergisst, der findet;
wer verzeiht, dem wird verziehen;
und wer stirbt, der erwacht zum ewigen Leben.
Amen.

Vorschlag für eine Gebetsstunde

1. Lied: Wie ein Fest nach langer Trauer

2. Eröffnung

Liebe Schwestern und Brüder,

herzlich willkommen zum gemeinsamen Weltfriedensgebet. Wir sind eingeladen, unsere Friedenswünsche und Hoffnungen für die Welt im Gebet vor Gott zu tragen.
Das Leitwort für dieses Jahr steht unter dem Aufruf Jesu: „Selig, die Frieden stiften". Gott selbst ist es, der zu uns spricht und uns auffordert, Frieden in diese Welt zu bringen und Frieden Realität werden zu lassen. Konkrete Möglichkeiten, um Frieden zu stiften, gibt es in jeder Begegnung von Menschen – in der Nachbarschaft, im Beruf, in der Familie und den kleinen Begegnungen des Alltags. Denken möchten wir hier auch besonders an jene Männer und Frauen, welche durch ihr Engagement und ihren Mut zu Botschaftern und Botschafterinnen des Friedens in Politik und Welt geworden sind.
So möchten wir den Gottesdienst beginnen: Im Namen des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes. Amen.

3. Aktion

Tauschen Sie sich zu zweit oder zu dritt über Ihre Möglichkeiten, Frieden zu bringen, aus:

Wann ist es mir gelungen, in schwierigen Situationen Verständigung und Dialog zu stärken?

Wo möchte und kann ich heute ganz konkret zu Frieden und Versöhnung beitragen?

4. Kyrie

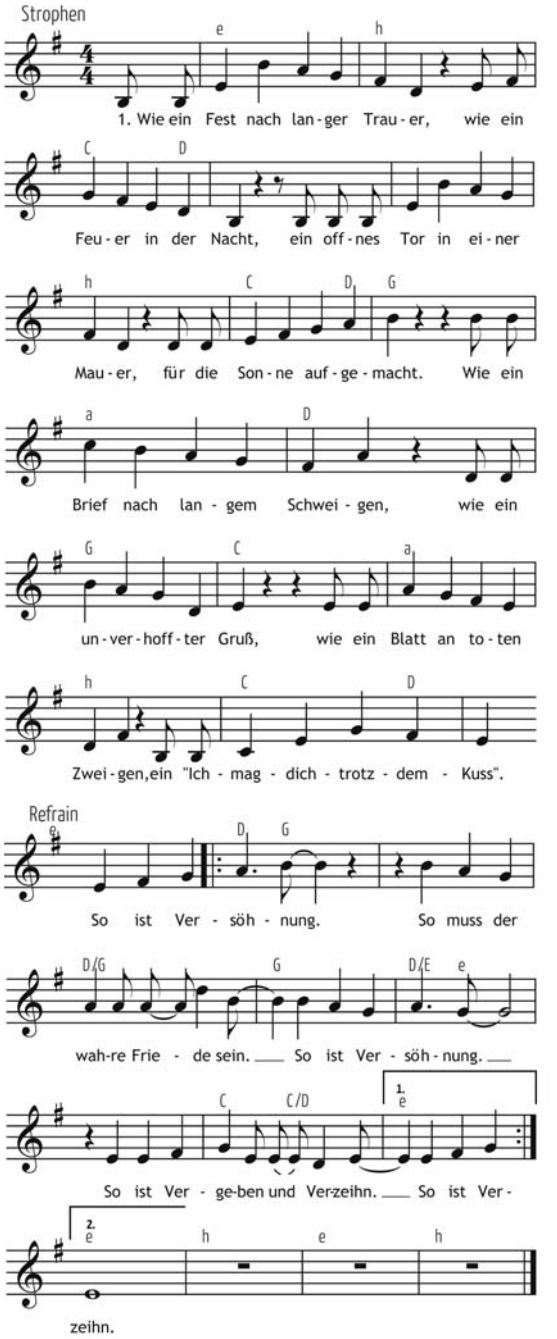
Guter Vater, du nimmst uns an als deine Kinder
– Herr, erbarme dich.

Jesus Christus, du sendest uns aus als Botschafter des Friedens
– Christus, erbarme dich.

Du Geist Gottes, sei du uns Beistand, Kraft und Trost
– Herr, erbarme dich.

Wie ein Fest nach langer Trauer

Text: Jürgen Werth
Melodie: Johannes Nietsch
© 1988 SCMHänssler,
D-71087 Holzgerlingen



2. Wie ein Regen in der Wüste,
frischer Tau auf dürrem Land,
Heimatklänge für Vermisste,
alte Feinde Hand in Hand.
Wie ein Schlüssel im Gefängnis,
wie in Seenot „Land in Sicht",
wie ein Weg aus der Bedrängnis,
wie ein strahlendes Gesicht.

3. Wie ein Wort von toten Lippen,
wie ein Blick, der Hoffnung weckt,
wie ein Licht auf steilen Klippen,
wie ein Erdteil neu entdeckt,
wie ein Frühling, wie der Morgen,
wie ein Lied, wie ein Gedicht,
wie das Leben, wie die Liebe,
wie Gott selbst, das wahre Licht.

5. Tagesgebet

Herr, guter Gott,

wir beten, weil wir Frieden nötig haben. Und wir beten, weil wir Hoffnung haben für diese Welt. Sei du jetzt in unserer Mitte, wenn wir dein Wort hören. Gib uns daraus die Kraft und den Mut, in unserem Alltag den Mitmenschen in Frieden zu begegnen. Darum bitten wir durch Christus, unseren Bruder und Herrn. Amen.

6. Lesung
Lk 10,3-6

Seht, ich sende euch aus als Lämmer, die unter Wölfen leben müssen. Tragt keinen Geldbeutel bei euch, keine Tasche, keine Schuhe und hängt euch an niemanden unterwegs! Wo ihr aber in ein Haus eintretet, sagt als Erstes: „Friede diesem Haus!" Und wenn dort Menschen leben, die Frieden lieben, wird euer Friede auf ihnen ruhen. Wenn aber nicht, wird der Friede auf euch zurückkommen.

7. Gedanken zur Lesung

Die Jünger sind von Jesus ausgesendet worden. Sie wurden ausgesendet, um sich ganz der Botschaft Jesu zu verschreiben mit aller Radikalität, die an dieser Entscheidung hängt. Ihre Agenda scheint zunächst simpel: Dort, wo sie in ein Haus eintreten, sollen sie grüßen mit dem Satz „Friede diesem Haus". Als Grußformel und als Botschaft meint dieser Satz vielleicht soviel: „Ich komme in Frieden und ich möchte mit dir über Jesu Botschaft ins Gespräch kommen. Du hast die freie Wahl: Lässt du mich ein und bist offen für mich und mein Anliegen, kommen wir ins Gespräch."
Doch sie werden als Lämmer unter Wölfe ausgesendet, was auf die Realität der Mission verweist. Sie sollen nichts mitnehmen und sich nicht von ihrem Weg abbringen lassen. Das ist keine einfache Aufgabe, sondern zeugt von einer Radikalität, die von nun an ihr Leben prägt. Ohne Geld bitten sie um Einlass und in der Folge darum, die Nacht über bleiben zu dürfen. Sie haben sich entschieden, ihr Leben ganz der Botschaft Jesu zu verschreiben und Gottes Führung zu überlassen. Diese Entscheidung steht sicherlich am Beginn eines Prozesses, bei dem es auch Rückschläge gibt.
Es wäre also unrealistisch davon auszugehen, dass die Jünger ihrerseits überall und unter allen Umständen nur vorbehaltlos und unvoreingenommen handeln können. Auch sie haben ihre menschlichen Schwächen und Begrenzungen, mit denen sie immer wieder umgehen müssen.

Was bedeutet das nun für uns?

„Friede diesem Haus." Friede sei mit dir. In jedem Gottesdienst steht diese Zusage. Doch wann meinen wir das wirklich ernst? Wann gehen wir unbefangen auf unseren Nächsten zu? Wann können wir wirklich sagen: „Der Friede sei mit dir" (und es auch so meinen ...)
Und was machen wir, wenn wir Leid, Schmerz, Enttäuschung erfahren haben? Können wir dann immer noch unvoreingenommen sein?
Wie begegnen wir denen, die anderer Meinung sind und deren Handlungen wir ablehnen? Gehen wir zu ihnen und wünschen ihnen Frieden? Sind wir bereit zu verzeihen und die Hand zur Versöhnung auszustrecken?
Was erwarten wir uns selbst gegenüber?
Wie können wir von denjenigen, denen wir Unrecht getan haben, Vergebung erwarten?
Wissen wir, wie kostbar das Geschenk der Versöhnung ist?
Diese Botschaft fordert uns heraus, genauer hinzuschauen, nicht im Oberflächlichen zu verharren. Das können kleine oder größere Gesten sein, es mag in manchen Fällen leicht sein, in anderen kann es ein Leben lang dauern oder beim Versuch stehen bleiben.
Wir werden so nicht den Himmel auf Erden erreichen. Doch wir sehen, dass Engagement und Initiative den Himmel zumindest ein Stückchen aufreißen lassen.

8. Lied: Selig seid ihr

9. Fürbitten

In Jesus Christus ist der Friede Gottes lebendig und konkret geworden. Gott, du beauftragst uns immer wieder neu, deinen Frieden zu verkünden. Voller Vertrauen bitten wir dich:

– Für alle Menschen, die Frieden stiften in Familien und Lebensgemeinschaften, in Institutionen und Nationen und zwischen den Völkern weltweit: Dass sie sich weiterhin mutig einsetzen, die Hoffnung auf Frieden nicht aufgeben und immer mehr Unterstützung erhalten.

- Stille -

A.: Wir bitten Dich, erhöre uns.

- Für die Menschen in Krisen- und Konfliktregionen, dass sie die Gewalt überwinden und miteinander verhandeln und Versöhnungswege für die rivalisierenden Kämpfer im Land finden. Für die Flüchtlinge, dass sie Aufnahme finden und das Vertrauen in ihre Geborgenheit auf dieser Erde wieder bekommen können. Für die internationale Gemeinschaft, dass es gelingt, den politischen Dialog gegenüber der Gewalt zu stärken.

- Stille -

A.: Wir bitten Dich, erhöre uns.

- Für uns alle, dass wir es wagen, Verantwortung für den Frieden in unseren Gemeinschaften zu übernehmen: Dass wir uns informieren, denen zuhören, die anderer Meinung sind und bereit sind, einen Interessenausgleich zu schaffen. Gib uns Kreativität und Mut, Formen für den Frieden auf Erden zu schaffen.

- Stille -

A.: Wir bitten Dich, erhöre uns.

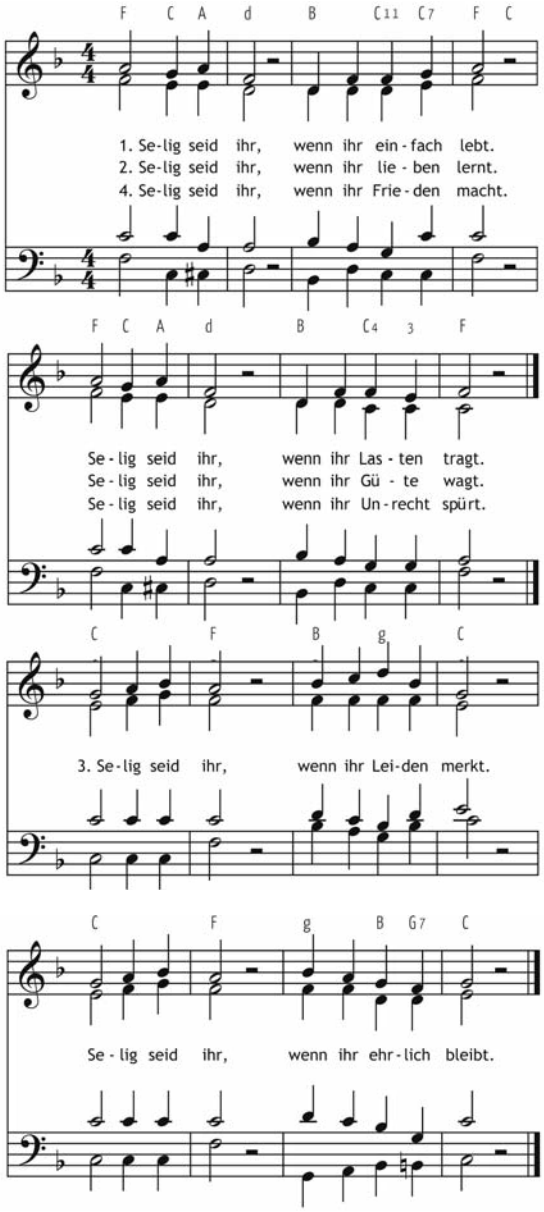
- Für die christlichen Kirchen: Dass sie eine Dialogkultur des wertschätzenden Umgangs miteinander pflegen und in der gelebten Ökumene der Friede Gottes spürbar wird.

- Stille -

A.: Wir bitten Dich, erhöre uns.

Selig seid ihr

Text: Friedrich Karl Barth/Peter Horst
Melodie und Satz: Peter Janssens
© Peter Janssens Musik Verlag, Telgte/Westfalen
(aus: Uns allen blüht der Tod, 1979)



- Für alle Menschen, die in Zeiten des Unrechts der Gewalt entgegentreten und dabei ihr Leben riskieren. Stärke und schütze sie. Gib uns allen die Kraft, unserem Gerechtigkeitsgefühl zu vertrauen und zu folgen. Hilf uns, mit anderen gemeinsam das Recht zu stärken gegen das Recht des Stärkeren. Lass uns lernen aus dem Andenken an Menschen, die um des Friedens willen ihr Leben gelassen haben: Nimm sie auf in deinen Frieden und lass ihr Lebenszeugnis nie vergessen sein.

- Stille -

A.: Wir bitten Dich, erhöre uns.

Gott, du bist ein Gott des Friedens. Stärke uns in unserem Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit weltweit. Lass uns in unseren Familien, in den Verbänden und Gruppen, in denen wir aktiv sind, als Zeichen deines Friedens sichtbar sein. Gott, gib uns deinen Frieden. Amen.

10. Vater unser

11. Friedensgruß

12. Lied: Dona nobis pacem

13. Segen

Guter Gott,
wir haben heute darüber nachgedacht, wo und wie wir Frieden stiften können. Wir bitten dich, begleite uns mit deinem Segen in den Alltag hinein.

Wir beten gemeinsam:

Gott des Friedens,
segne uns, wenn wir einander Frieden wünschen, der unsere Herzen, unser Denken und unsere Seele berührt.

Gott der Versöhnung,
segne uns, wenn wir uns mit Unfrieden nicht abfinden und gegen allen Widerstand nach Wegen des Friedens suchen.

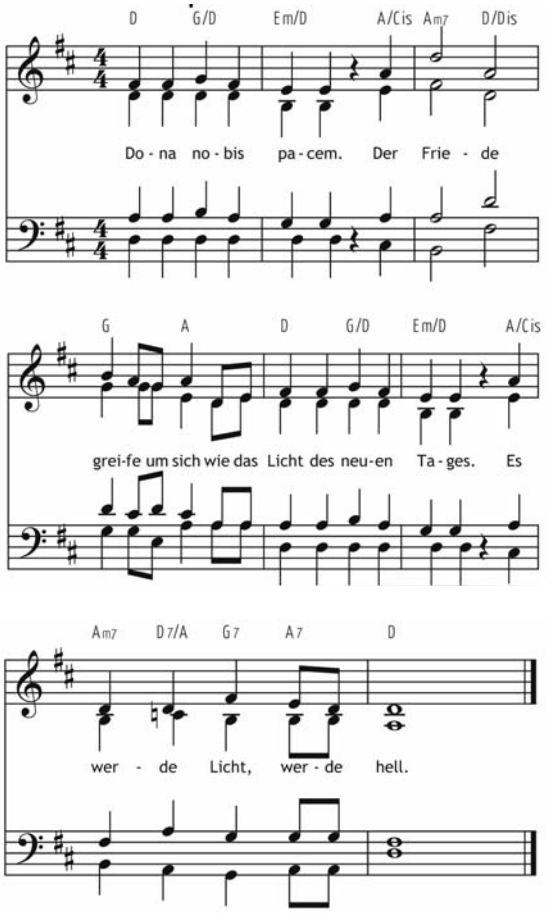
Gott der Liebe,
segne uns, damit wir barmherzig und voll Vertrauen aufeinander zugehen und dort den ersten Schritt wagen, wo die Hoffnung auf Frieden verloren ging.

Gott des Friedens,
segne uns, du Vater, Sohn und Heiliger Geist.
Amen

14. Lied: Unterwegs in eine neue Welt

Dona nobis pacem

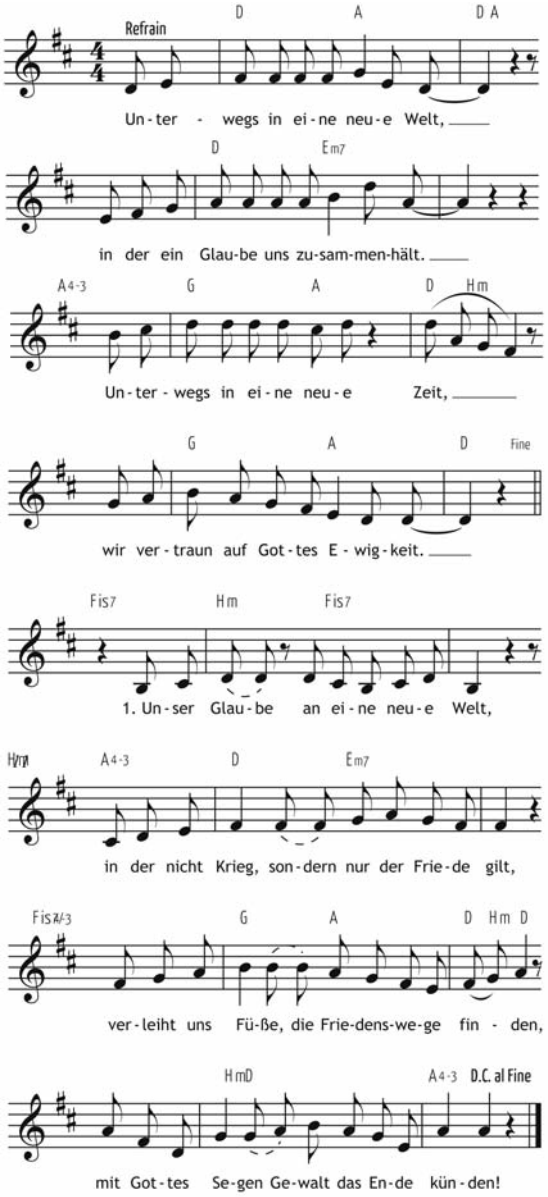
Text: Eugen Eckert
Musik: Gerd-Peter Münden
© 2008 Strube Verlag, München
Aus der Messe „Wie das Licht des neuen Tages"



Die Anregungen für die Gebetsstunde wurden in Teilen der Arbeitshilfe „Selig, die Frieden stiften", hrsg. von BDKJ und kfd in Zusammenarbeit mit DJK, KDFB, GKMD und Pax Christi, Verlag Haus Altenberg GmbH, Düsseldorf 2012 entnommen. Wir danken für die freundliche Abdruckgenehmigung.

Unterwegs in eine neue Welt

Text: Franz-Thomas Sonka
Musik: Norbert M. Becker
© bei den Autoren



2. Unsre Hoffnung von einer neuen Welt,
in der die Schöpfung ihr Daseinsrecht behält,
stärkt uns die Hände, ganz Neues aufzubauen,
mit Gottes Segen der Zukunft zu vertrauen!

3. Unsre Liebe zu einer neuen Welt,
in der die Gerechtigkeit für keinen Menschen fehlt,
sie schenkt uns Herzen, die Not und Armut wenden,
mit Gottes Segen das Unrecht zu beenden!

4. Unser Traum von einer neuen Welt,
in der ein jeder von uns allen zählt:
ein Glaube, Hoffnung, Liebe und sein Segen
begleiten uns auf allen unsren Wegen.

Guter Gott

Du bist uns wahrer Vater.
Wir danken für unser Land
und für die Welt, die Du so
schön gemacht hast.
Verzeih, wenn Deine
Schöpfung
durch unser Tun und
Lassen verdorben wird.
Sei uns allen gnädig und
schenke uns Deinen Frieden.

Begleite Du uns und unsere
Familien mit Deinem Segen.
Mache sie zu einem Ort der
Liebe und des Friedens. Lass
Eltern und Kinder weise und
geduldig sein. Gib uns die
Kraft, dass wir aufmerksam
sind und voller Respekt
achtsam und wertschätzend
miteinander umgehen.
Lass uns erkennen, wenn es
an Liebe mangelt und wir
einander vernachlässigen.
Erneuere Du uns dann mit
Deinem Geist.
Sei uns allen gnädig und
schenke uns Deinen Frieden.

Gib uns die Kraft, das
Richtige in unserer
Gesellschaft zu tun.
Hilf uns, das Böse zu
unterlassen. Lass uns
für Gerechtigkeit und
Wohlergehen eintreten.
Dein Friede möge in
unserem Leben und dem
unserer Familien Einzug
halten.
Sei uns allen gnädig und
schenke uns Deinen Frieden.

Segne diejenigen, die sich
für andere einsetzen und
Deinem Frieden Gewicht
verleihen wollen. Gib ihnen
Kraft und Hoffnung.
Tröste die Kranken, die
Geschundenen und
ungerecht Behandelten.
Sei uns allen gnädig und
schenke uns Deinen Frieden.

Amen.

Während einer Veranstaltung der Frauenarbeit zur Dekade zur Überwindung von Gewalt wurden von Martha Aisi Elisa in Papua-Neuguinea Gebete gesammelt und danach inhaltlich zusammengefasst. Die Theologin ist Leiterin am lutherischen Banz National Women's Training Centre. Sie stammt von der Insel Siassi, ist verheiratet und hat einen Sohn. (Übertragung Kaia Hofagao und Freddy Dutz)

Weitere Informationen unter
www.oekumenisches-Friedensgebet.de

Impressum

Herausgeber
Sekretariat der
Deutschen Bischofskonferenz
Kaiserstraße 161 · 53113 Bonn
www.dbk.de

Bestellungen
Sekretariat der
Deutschen Bischofskonferenz
E-Mail: broschueren@dbk.de
Tel.: 0228 / 103-205

Bildnachweis
Katholische Nachrichten-Agentur (KNA),
Corbis, Reuters

Gestaltung
N&N Design-Studio, Aachen

Druck
Küpper Druck GmbH & Co. KG, Köln

Dieses Heft wurde auf Recyclingpapier aus mindestens 80 % Sekundärfasern gedruckt (RecySatin).